

junge Welt v. 21.10.2005

<http://www.jungewelt.de/2005/10-21/001.php>

SCHLAPPE FÜR SCHILY

Von Wolfgang Pomrehn

Bundesgericht weist Innenministerium in die Schranken: Verbot der kurdischen Zeitung Özgür Politika aufgehoben. Bundespressekonferenz kritisiert Cicero-Razzia

Der scheidende Bundesinnenminister Otto Schily hat eine schwere Niederlage erlitten. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig beschied ihm, daß er sich mit dem Verbot der in Frankfurt am Main erscheinenden türkischsprachigen Tageszeitung Özgür Politika («Freie Politik») vergaloppiert hat. Im Rahmen des bewaffneten Wahlkampfes, den der Sozialdemokrat gegen die Pressefreiheit führte, hatten am 5. September 300 Polizisten Redaktionsräume und zahlreiche Privatwohnungen der Mitarbeiter von Özgür Politika durchsucht. LKW-weise wurden Archive, PCs und Tausende Bücher beschlagnahmt. Auch das Privateigentum der Journalisten war vor Schilys Häschern nicht sicher. Özgür Politika, so die Begründung Schilys seinerzeit, sei in die Strukturen der 1993 in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) eingebunden. Daher wurde das sofortige Verbot der Zeitung verfügt. Die erscheint allerdings schon seit rund zehn Jahren, weshalb man davon ausgehen kann, daß sich der Innenminister kurz vor den Bundestagswahlen als Law-and-Order-Mann profilieren wollte.

Der sechste Senat des Bundesverwaltungsgericht zeigte Schily dafür nun am Mittwoch abend die rote Karte. Am sofortigen Vollzug des Verbots gebe es kein öffentliches Interesse, weil die von den kurdischen Journalisten dagegen eingereichte Klage »voraussichtlich Erfolg« haben wird, heißt es in der Begründung der Richter. Mit anderen Worten: Özgür Politika kann vorerst wieder erscheinen und hat gute Aussichten, das Verbot ganz vom Tisch zu bekommen. Die Deutsche Journalisten-Union hatte gleich nach der Razzia das Vorgehen des Bundesinnenministers scharf kritisiert und von ihm gefordert, sorgfältiger mit der Pressefreiheit umzugehen. Özgür Politika erscheint seit dem 28. August 1995. Bislang hatte sie eine Auflage von etwas über 10000 Exemplaren.

Unterdessen hat am Donnerstag nach einem Bericht der Nachrichtenagentur AFP der Vorstand der Bundespressekonferenz das Vorgehen Schilys gegen einen Journalisten des Magazins Cicero scharf verurteilt. Diesem wird Beihilfe zum Geheimnisverrat vorgeworfen. In einer Mitteilung kritisierte der Vorstand die »überzogenen Ermittlungen« und die »ungerechtfertigte umfangreiche Beschlagnahme von Recherchematerial«. »Offensichtlich ging es darum, das komplette Informantennetzwerk des betroffenen Kollegen auszukundschaften. Vom Informantenschutz hängt der kritische Journalismus aber existentiell ab«, hieß es in der Erklärung. Man erwarte von jeder Bundesregierung »die unbedingte Achtung der Pressefreiheit als verfassungsrechtliche Grundbedingung«.

Auch der Bundestagsinnenausschuß hatte das Vorgehen der Ermittlungsbehörden vergangene Woche als unverhältnismäßig kritisiert. Die Polizei hatte bei einer Durchsuchung der Wohnung des Journalisten Bruno Schirra laut Medienberichten geheime Papiere des Bundessicherheitsrats und des Bundesnachrichtendienstes gefunden. Gegen Schirra wurde deswegen ein Verfahren wegen Beihilfe zum Geheimnisverrat eingeleitet.